

Umschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **62 (1975)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

primär auf Gymnasien und Universität vor. Das bedeutet, dass bei der Leistungsbeurteilung in der WS eher didaktische als selektive Aspekte im Vordergrund stehen können. Trotzdem glauben wir, dass einige Eigenschaften des Beurteilungsverfahrens in der WS auch für andere Schulen mit anderer

Ausrichtung verwertbar sind:

- Motivationstests
- Tests in Gruppen
- Systematische Nachbesprechung der Tests
- Wiederholbarkeit eines misslungenen Tests.

Umschau

Sorgenkind Bildungswesen

Reformen im Bildungswesen der Schweiz sind dringend nötig. In diesem Punkte waren sich alle Anwesenden der Studien- und Informationstagung der Gesellschaft für Hochschule und Forschung (GHF) in Biel einig. Die Tagung stand unter dem Motto «Strukturen des höheren Bildungswesens». Diskussionen und Kurzreferate sollten den Vertretern von Schulen, der Verwaltung und der Wirtschaft einen Überblick über die Reformsituation im Bildungswesen vermitteln und eine breite Diskussion für weitergehende gemeinsame Schritte auslösen.

Eine von der GHF durchgeführte Untersuchung über die Anzahl der Maturandenplätze in der Schweiz hatte gezeigt, dass eine Bildungsreform nur dann Aussichten auf Erfolg haben kann, wenn sie sich über die anvisierten Schul- beziehungsweise Ausbildungstypen hinaus mit den angrenzenden Bereichen sowie mit den Voraussetzungen des Beschäftigungssystems befasst. Die Diskussion über eine Hochschulreform zum Beispiel muss daher aus ihrer Isolation gelöst und in einen grösseren Zusammenhang gestellt werden.

Es wurde festgestellt, dass der Bildungskonsument verunsichert ist. Es fehlt ihm an der Information, und zwar sowohl über die Ausbildungsmöglichkeiten, die ihm zur Verfügung stehen, als auch über die Berufsaussichten.

Die Entscheidung einer Berufswahl wird ihm zusätzlich noch dadurch erschwert, dass die Durchlässigkeit zwischen den Suborganisationen im Bildungswesen ungenügend ist. Dadurch ist ein Richtungswechsel schwierig. Dasselbe Problem resultiert aus den Bemühungen, Spezialisierung früher zu beginnen, so zum Beispiel durch die immer zahlreicher werdenden Gymnasialtypen.

Als weiterer Stein des Anstosses wurde die weit verbreitete Meinung bezeichnet, dem Akademiker allein stünde der Weg zum Himmel offen. Der Mangel an gesellschaftspolitischer Bedeutung der Berufsschulen, der fehlende Praxisbezug der Hochschulen und auf der anderen Seite die noch

oft vernachlässigte Theorie oder Allgemeinbildung während der Berufslehre führten zu dem bestehenden Gefälle zwischen Fach- und Hochschulen. Zur Lösung dieser vielschichtigen Probleme wurden bessere Information, Koordination und eine konkrete Zielsetzung gefordert. Das könne jedoch nicht verwirklicht werden, wenn nicht im kleinen Bereich Versuche dazu unternommen werden. Dass dabei jedoch eine Gesamtkonzeption nicht aus den Augen verloren werden darf, schien jedermann klar zu sein. Die Probleme des Bildungswesens müssen an Behörden, Politiker und an die Öffentlichkeit getragen werden, um so die Teilreformen zu einer Globalreform zu vergrössern.

Ob sich diese durch Zusammenarbeit und Einzelinitiative oder nur durch einen politischen Entscheid verwirklichen lassen wird, blieb dahingestellt.

Die Universität Zürich im Urteil ihrer Dozenten

Es gibt nicht nur unzufriedene Studenten – auch viele Professoren sind mit den Verhältnissen an den Universitäten nicht zufrieden: Das geht aus einer Studie hervor, die auf der Befragung von 30 der insgesamt 150 ordentlichen Professoren an der Universität Zürich beruht und die von Uni-Rektor Leuenberger an einer Pressekonferenz vorgestellt wurde. Rund drei Viertel der befragten Ordinarien sehen als Grundübel der gegenwärtigen unbefriedigenden Situation das Missverhältnis zwischen Dozenten- und Studentenzahlen an: Weil zuwenig Lehrer zu viele Studenten unterrichten müssen, ist nicht nur der Lehrbetrieb uneffizient – belastet werden auch der Forschungsbetrieb und die Organisationsstrukturen der Hochschule, die mit der Explosion der Studentenzahlen (Uni Zürich: über 10 000 Studierende) nicht schritthalten konnten.

Eine Folge dieser auch heute noch verbreiteten Lehrstuhlherrlichkeit dürfte es auch sein, dass bis jetzt wohl zahllose empirische Untersuchungen über die Studien- und Lebenssituationen der Studenten bestehen, aber noch kaum brauchbare Daten über den Lehrkörper unserer Universitäten. Ziel der Pilot-Studie «Die Universität Zürich im Urteil von ordentlichen Professoren», die im Lauf eines Jahres erarbeitet wurde und auf einer ge-

schichteten Zufalls-Stichprobe beruht, ist die Beschaffung von Datenmaterial für eine Strukturreform der Hochschule und für einen Problematik-Katalog, der die Weiterbearbeitung offen gebliebener Fragen ermöglicht, eines der Untersuchungsziele ist aber auch die «Annäherung zwischen den Positionen der Dozenten und der Studenten». Tatsächlich zeigten sich die an der Pressekonferenz anwesenden Studentenvertreter von der gar nicht so verschiedenen Stimmungslage unter den Professoren überrascht, ebenso von der potentiellen Reformbereitschaft ihrer Lehrer, die grösser sei, als es ihre bisherige Politik vermuten lasse...

Schlechte Note für die Forschung

Nicht nur Studenten, sondern auch viele Professoren halten die Möglichkeiten der «Selbstverwirklichung» innerhalb der bestehenden Hochschulstrukturen für gering: Nur 40 Prozent der Ordinarien glauben, sich in der Lehre gut verwirklichen zu können, und nur 37 Prozent in der universitären Organisation. 40 Prozent sehen sich in der Lehre in ihrer Entfaltungsmöglichkeit beschränkt, sogar 53 Prozent in der Organisation. Überraschend ist vor allem die schlechte Note für die Entfaltungsmöglichkeiten eines Ordinarius als Forscher: Nur 23 Prozent der Befragten bezeichnen die Möglichkeiten der Forschung als gut, 63 Prozent hingegen als schlecht.

Kritik an der Mittelschule

Nur einer der Befragten bezeichnete die Beziehungen zu den Studenten als gut, nur 13 Prozent die persönlichen und fachlichen Beziehungen zu anderen Dozenten als gut. Nur die Beziehungen zu den Assistenten werden von 77 Prozent der Ordinarien als in jeder Hinsicht gut beschrieben, während umgekehrt der gleiche Prozentsatz den Kontakt zu den Studenten als «völlig unbefriedigend» empfindet. Hauptgrund ist wiederum das zahlenmässig ungünstige Verhältnis Dozent-Student. Gravierender als fehlende wissenschaftliche Voraussetzungen (13 Prozent der Ordinarien geben ihren Studenten ein «ungenügend») sind für die Professoren die mangelhaften persönlichen Voraussetzungen der Studierenden: 47 Prozent der Befragten bezeichnen die Vorbereitung durch die Mittelschule als ungenügend, und zwar nicht in erster Linie wegen der Stoffvermittlung, sondern wegen der dort «antrainierten» rezeptiven Grundhaltung (67 Prozent) und des Mangels an Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit (83 Prozent).

Damit sind die Schwierigkeiten bezeichnet, die einer umfassenden Hochschulreform im Wege stehen und die viele der Befragten gegenüber Reformplänen skeptisch stimmen: Sowohl der zu kleine Lehrkörper wie die «Konsumhaltung» der Studenten lähmen den Übergang von traditionellen Lehrformen zu Gruppenarbeiten, obwohl 77

Prozent der Professoren die Magistralvorlesung nur noch zur Vermittlung von Grundlagenwissen benutzen möchten und 97 Prozent glauben, man müsste mehr Gruppenarbeit leisten.

Struktur-Kritik

Auch hinsichtlich der Organisationsform der Universität tritt rund die Hälfte der befragten Professoren für »grundsätzliche Veränderungen« ein: Einführung eines Departementssystems, Trennung administrativer und wissenschaftlicher Aufgaben, Aufteilung grosser Fakultäten und Ersetzung traditioneller Institute durch interdisziplinäre Forschungseinheiten sind die hauptsächlichsten Reformwünsche. 77 Prozent der Professoren bedauern ausserdem, dass ein grosser Teil der Universitätsangehörigen zu wenig oder gar nicht mitbestimmen kann, und zwei Drittel sprechen sich für mehr Mitbestimmung aller direkt Beteiligten aus. Dass es allerdings nicht nur starre Hochschulstrukturen sind, die den Reformwillen bremsen, geht aus den zum Teil diametral auseinanderstrebenden Ansichten der Professoren über das Ziel der Universität hervor: Während ein Drittel den gegenwärtigen Freiraum der Hochschule innerhalb der Gesellschaft als zu gross empfindet und diese vermehrt «in den Dienst der Gesellschaft» stellen möchte, befürworten ebenso viele den bestehenden Freiraum und lehnen die Vorstellung einer Universität, die ganz im Dienst der Gesellschaft steht, ab. Auch die Vorstellungen über Bildungsziele und deren Festlegung widerspiegeln diesen Konflikt innerhalb der Dozentschaft: zwei Drittel bezeichnen die Ausbildung des Studenten zum Fachmann, ein Drittel aber die Persönlichkeitsbildung als wichtigsten Aspekt universitärer Zielsetzung. Zwei Drittel würden eine vermehrte Ausrichtung der Lehre auf gesellschaftliche Bereiche begrüssen, 30 Prozent lehnen dies hingegen kategorisch ab. Vermutlich die gleichen Professoren sind es, die meinen, Bildungsziele müssten von wenigen, aber kompetenten Instanzen festgelegt werden.

Schlechter Vorlesungsbesuch

Gleichzeitig mit der Ordinarien-Umfrage wurde an der Zürcher Universität eine Hörer-Frequenz-Studie erhoben, die vor allem bei den Magistralvorlesungen eine bedeutende Abnahme des Interesses im Lauf des Semesters ergab. Die offensichtlich nicht gerade erfreulichen Zahlen belegen deutlich das Unbehagen von Studenten und Dozenten und drängen zu Konsequenzen für die Ausgestaltung der Lehre: Das gesprochene Wort liesse sich nicht nur für den Monolog, sondern auch für den Dialog zwischen Lehrenden und Lernenden einsetzen. Gottlieb Höpli

Die Interkantonale Lehrmittelzentrale und die Beschaffung von Lehrmitteln

Der Schweizerische Buchhändler- und Verleger-

verein hat kürzlich an einer Pressekonferenz über die kantonalen Lehrmittelverlage und die Interkantonale Lehrmittelzentrale Behauptungen verbreitet, die einer Richtigstellung bedürfen:

Die kantonalen Lehrmittelverlage sind Institutionen auf gesetzlicher Grundlage. Sie sind geschaffen worden, um die Lehrmittel für die obligatorische Schulzeit im Rahmen des Bildungsauftrages der Kantone preisgünstig (ohne Gewinnstreben) herzustellen, dabei einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden und das Mitspracherecht der Lehrerschaft zu sichern. Sie sind verpflichtet, lehrplan- und stufengerechte Lehrmittel für alle Schülergruppen rechtzeitig bereitzustellen.

Die kantonalen Verlage betrachten sich nicht als Gegner der privaten Verlage. Ihr Marktanteil ist weitgehend durch die gesetzlichen Regelungen bedingt. Entgegen den Behauptungen ist dieser Anteil nicht im Steigen begriffen, sondern in den letzten Jahren eher gesunken, da viele Lehrmittel von privaten Verlagen Eingang in die Schule gefunden haben.

1973 haben die Kantone Zürich, Bern, Luzern, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Land, St. Gallen, Graubünden und Aargau die Interkantonale Lehrmittelzentrale gegründet, um inskünftig neue Lehrmittel soweit möglich gemeinsam zu schaffen. Der Beitritt zur Lehrmittelzentrale steht weiteren Kantonen offen. Mit der Zusammenarbeit der kantonalen Verlage im Rahmen der Lehrmittelzentrale wird nichts anderes angestrebt als das, was private Verlage zum Teil seit längerer Zeit praktizieren. Die Zusammenarbeit bei der Schaffung von Lehrmitteln ist notwendig, weil es heute weder pädagogisch noch wirtschaftlich sinnvoll ist, dass jeder Kanton in jedem Schulfach seine eigenen Bücher hat.

Die Lehrmittelzentrale kann keinerlei Diktat ausüben. Ihre Mitgliedkantone bleiben in den Entscheidungen über die Lehrmittel frei. Es steht ihnen in jedem einzelnen Fall offen, ob sie sich an einem gemeinsamen Projekt beteiligen wollen oder nicht. Sie können auch weiterhin Lehrmittel von privaten Verlagen beziehen.

Die Lehrmittelzentrale wird selbst nur solche Lehrmittel schaffen, die von mehreren Mitgliedkantonen eingeführt werden. Da kein Kanton gezwungen ist, die Lehrmittel der Zentrale zu verwenden, wird auch die Koordination nur soweit erfolgen, als sie notwendig und sinnvoll ist. Für die Eigenproduktion der kantonalen Verlage wie für die private Konkurrenz bleibt ein erheblicher Spielraum offen. Von einem Monopol der Lehrmittelzentrale kann keine Rede sein.

Die Behauptung, durch die Lehrmittelzentrale werde das Mitspracherecht der Lehrerschaft eingeschränkt, entbehrt jeder Grundlage. Das Statut der Lehrmittelzentrale sieht als wichtigste beratende Organe Stufenkommissionen, also Lehrer-

kommissionen, vor. Ihre Mitglieder haben weder ein gebundenes Mandat, noch sollen sie selbst Autoren von Lehrmitteln sein; das unabhängige Urteil ist somit gewährleistet. Ferner bleibt auch das Mitspracherecht der Lehrerschaft innerhalb der Mitgliedkantone der Lehrmittelzentrale erhalten. Eine Garantierung dieser Mitsprache ist überhaupt nur im Zusammenhang mit den kantonalen Verlagen möglich.

Die entscheidende Begutachtung von Lehrmitteln kann letzten Endes nur durch das Urteil der Lehrer aufgrund ihrer Erfahrungen im praktischen Unterricht erfolgen und nicht durch «neutrale» Stellen vom grünen Tisch aus.

Der Behauptung, eine freie Auswahl der Lehrmittel liege im Interesse der Schüler, wird wohl kaum jemand zustimmen. Wer an der Schulkoordination und an gleichen Chancen der Schüler interessiert ist, wird auch für eine Koordination der Lehrmittel im Rahmen des Sinnvollen und Möglichen eintreten.

Die Lehrmittelzentrale steht im Dienst der Schule und damit der Schüler. Wenn von ihr Fairness gefordert wird, so darf sie diese wohl auch auf Seiten des Schweizerischen Buchhändler- und Verlegerverbandes erwarten.

Interkantonale Lehrmittelzentrale

Israel stellt Zusammenarbeit mit UNESCO ein

Die israelische UNESCO-Kommission, unter Vorsitz von Erziehungs- und Kulturminister Aharon Yadlin, hat einstimmig beschlossen, jegliche Zusammenarbeit mit der UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) einzustellen. Dieser Beschluss soll gelten, bis die jüngst in der UNESCO gegen Israel gerichteten Resolutionen annulliert worden sind.

Im israelischen Radio sagte Minister Yadlin zum Entscheid, inskünftig würden die Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler des Landes jegliche Teilnahme an von der UNESCO veranstalteten Kongressen, Konferenzen und Seminaren ablehnen. Gleichzeitig werde Israel, so führte Yadlin aus, im Rahmen internationaler nichtstaatlicher Erziehungs- und Kulturorganisationen versuchen, über befreundete Kreise die UNESCO zu beeinflussen, um die «ungerechten und ungerechtfertigten» Resolutionen rückgängig machen zu lassen.

Aus Kantonen und Sektionen

Schwyz:

81. Generalversammlung des Innerschwyzler Lehrervereins

Unter den Teilnehmern konnte der Präsident, Xaver Petrig, Herrn Dr. J. Niedermann (Schwyz),